

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Duerstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Götter, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig Vormittags 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 5 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Ngr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

## Deutschland.

Die Preussische Zeitung schließt in ihrem frankfurter Artikel (Nr. 49) den Staaten, welche sich zwar überhaupt für eine deutsche Flotte, aber gegen die dreitheilige Contingentsflotte erklärt haben, diejenigen Staaten an, welche sich für die letztere, jedoch unter Bedingungen erklärt haben. Hierher gehören zunächst die Nordseestaaten: Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Hamburg, Lübeck, Bremen und außerdem Frankfurt a. M. Die sämtlichen aufgeführten Staaten, mit Ausnahme von Frankfurt, sind vor Abgabe ihrer Erklärung zu einer gemeinsamen Berathung zusammengetreten, infolge deren sie sich über einen modificirten Entwurf des Ausschussantrags geeinigt haben. Die wesentlichste Abweichung dieses Entwurfs besteht darin, daß sämtliche deutsche Staaten, mit Ausnahme von Preußen und Oesterreich, zu den Kosten der Nordseeflotte nach Analogie der Bundesmatrikel contribuieren sollen, während das Verhältniß nach dem Ausschussantrage einer näheren Vereinbarung überlassen ist. Während hiernach die Küstenstaaten eine gleichmäßige Beteiligungs an den Kosten der Nordseeflotte verlangen, haben gegentheilig mehrere Binnenstaaten einen Principalbeitrag von denselben in Anspruch genommen. Hierher gehört zunächst Baden. Dasselbe hat den Ausschussanträgen unter der Bedingung zugestimmt, daß 1) auch die übrigen Bundesstaaten beistimmen; 2) die Nordseestaaten sich verpflichten, einen angemessenen Betrag zum voraus zu übernehmen, und außerdem zu der verbleibenden Kostensumme ihre matrikulmäßige Quote leisten, sowie 3) daß dadurch keine Lasten entstehen, welche für Baden unbillig und unerschwinglich sind. Einen derartigen Principalbeitrag haben Kurhessen, sowie ebenfalls Sachsen-Koburg-Gotha verlangt. Einen eigenthümlichen Vorschlag hat das Königreich Sachsen gemacht, welchem sich das Großherzogthum Hessen angeschlossen hat. Es stimmt nämlich dem Project der dreitheiligen Contingentsflotte im Allgemeinen bei, kommt jedoch in der Entwicklung seiner Consequenzen zu einem andern Resultate als der Ausschussantrag. Es verlangt nämlich, daß die Nordseeflotte allein von den eigentlichen Nordseestaaten übernommen werden soll, weil letztere ihrer Natur nach nur im factischen Besitze von Küstenländern sich befinden. Für die Kosten, welche ihnen durch die Unterhaltung der Flotte erwachsen, soll denselben eine Entschädigung dadurch gewährt werden, daß eine angemessene Herabsetzung ihrer zu dem Bundeslandheere zu stellenden Contingente erfolgt. Diesen Ausfall in der normalen Stärke des Bundesheeres sollen dagegen die Binnenstaaten durch Erhöhung ihres Contingents decken. Ferner ist den Ausschussanträgen Nassau unter der Bedingung eines allseitigen Einverständnisses beigetreten; Schwarzburg-Sondershausen, wenn die deutschen Königreiche und mindestens die überwiegende Mehrheit der andern Bundesstaaten den Ausschussanträgen beistimmt; Meuß jüngere Linie, wenn die Mehrheit der Bundesstaaten beistimmt; Schaumburg-Lippe, wenn sein Beitrag nicht eine bestimmte angegebene Summe übersteigt und unter Vorbehalt des Rücktritts; endlich Lippe, wenn Oesterreich und Preußen sich für die dreitheilige Contingentsflotte erklären. Als letzte Gruppe bleiben nun noch Preußen, die beiden Mecklenburg, sowie die sächsischen Häuser übrig, deren Erklärungen die Preussische Zeitung in ihrem nächsten Artikel charakterisiren will.

Der Präsident Ludwig Napoleon soll dem Bundestage seine Wiedererwählung angezeigt und zugleich in dem betreffenden Schreiben die Motive zu seinen Maßnahmen dargelegt haben. In Betreff der Politik, die er zu befolgen gedenke, soll er Versicherungen gemacht haben, die ebenso die Bahrung freundschaftlicher Beziehungen nach außen als Ordnung im Innern in Aussicht stellen.

In Frankfurt a. M. spricht man davon, daß Rendsburg zur Bundesfestung erklärt werden solle.

\* Berlin, 30. Jan. In der heutigen Sitzung der II. Kammer wird die Debatte über den Beseler'schen Antrag fortgesetzt. Abg. Ulrichs will nicht untersuchen, ob das parlamentarische Leben in Zukunft wieder als ein unnützes Glied des preussischen Staatskörpers absterben wird. Ein rechter Abgeordneter hat warm seine Sympathie für das Land und den Staat, und entschlossen seine Ansicht auszusprechen, gleichviel ob es Nutzen bringt oder nicht. Die Demüthigung des Vaterlandes könne Niemand leugnen, man brauche nur die Stimme des Auslandes zu hören. Der Abgeordnete ist jedoch der guten Hoffnung, daß sie allmählig werde vergessen werden; ein Mittel dazu sei für die preussische Regierung der Abschluß von Separatverträgen, wie der hannoversche Vertrag. Gegen das Motiv der Commission, daß die Kammer sich nur mit Wahrnehmung der concreten Interessen zu beschäftigen habe, wendet er ein, daß, wenn man erst Rechtsverletzungen abwarten wolle, ehe man sich dagegen ausspreche, man leicht Ähnliches erleben könne, wie die Herstellung der Provinzialstände, die Aus-

führung des Pressegesetzes in einer Richtung, die die Kammer nicht geahnt hatte. Der Ministerpräsident: Ich habe nicht gesagt, daß das parlamentarische Leben zum Untergange Preußens führen wird, sondern ich habe vom parlamentarischen Regimente gesprochen. Das parlamentarische Leben ist ein Vorzug, den Preußen nach meiner Ansicht haben kann. Sollte ich aber auch eine parlamentarische Regierung für möglich halten, so müßte ich die Mittel haben, unsere getrennten Landestheile in eine concentrirte Lage zu bringen und mit dem Ocean zu umgeben.

Abg. Graf Arnim (gegen den Antrag) kann sich mit der Commission nicht darin einverstanden erklären, daß der Bundesvertrag immer in Wirksamkeit geblieben ist. Es gab einen Augenblick, wo die Herren, welche Preußen in jeder Weise schwächen, ja vernichten wollten, den Bundesvertrag durch einen andern zu ersetzen suchten. Was Preußen damals für Deutschland gethan hat, hat es aus freiem Willen, nicht als Bundesglied gethan. Es stehen sich hier zwei Ansichten gegenüber: die Ansicht der Regierung von der Continuität der Bundesverfassung, und die Ansicht des Beseler'schen Antrags, daß wir alle Bundesbeschlüsse in unsern Kammern zu sanctioniren haben. Dieser letztern kann ich nicht zustimmen. Wenn man die Wiederbeschickung des Bundestags eine Demüthigung des preussischen Nationalgefühls genannt hat, so vergleiche man den Eindruck, welchen die Huldrigung für den Reichsverweser am 6. Aug. 1848, mit dem Eindruck, welchen die Eröffnung des Bundestags im Sommer 1851 gemacht hat, und man wird zugestehen, daß das preussische Nationalgefühl damals viel beleidigter war. Man hat auch den Einfluß Russlands als eine Demüthigung für Deutschland bezeichnet: ich erinnere an Stein, der sich nicht geschemt hat, an den russischen Hof zu gehen, und von dort aus, wie von dem Centrum des Archimedes, den Kampf gegen den Tyrannen in Bewegung zu setzen. Als Argument gegen den Beseler'schen Antrag fragt der Abgeordnete, was denn daraus werden solle, wenn die Kammer sich gegen Alles, was denkbar ist, was möglicherweise stattfinden kann, verwahren wolle? Ueber das Verhältniß Preußens zu Oesterreich äußert sich der Abgeordnete dahin, daß er einen Krieg zwischen beiden Mächten für eine Calamität für Deutschland, die Eifersucht zwischen beiden für unvergänglich halte. Ob Deutschland ruhig zusehen kann, wenn ein fremder Nachbar gegen Oesterreich aufsteht, wäre sehr vortheilhaft jetzt entscheiden zu wollen. Hätte der Reichsverweser mit der deutschen Nationalversammlung beschlossen, die Lombardei solle in den Bund aufgenommen werden, wer hätte von Ihrer Seite (zur Linken) etwas dagegen gehabt? Und gegen diese Nationalversammlung sollte nach Ihrer Ansicht Preußen kein Veto haben. Nach der Bundesverfassung dagegen ist zur Aufnahme neuer Mitglieder die Stimmeneinheitlichkeit nötig. So werden wir auch keinen Krieg in der Lombardei führen, wenn Preußen ihn nicht für nothwendig erklärt, und der Abgeordnete für Hagen hat sehr Recht, daß unsere Grenadiere, wenn der Fall einträte, mit Freuden in die Lombardei marschiren würden. Ich verlange nicht, daß Sie mir mehr Staatsweisheit zutrauen, als daß ich sehe, was auf der Hand liegt; verlangen Sie nur nicht, daß wir zu Ihrer Staatsweisheit Vertrauen haben, die uns zu so unerfreulichen Resultaten geführt hat. In Erfurt nahmen Sie ein bloc eine Verfassung an, die Preußen zur Desorganisation geführt haben würde, vorher hatten Sie hier ihre Zustimmung zu allen Beschlüssen des Erfurter Parlaments ausgesprochen. Hätte die Regierung die Frage an die Kammern gebracht, ob sie den Bundestag beschicken solle, so würde die Majorität beider Häuser sie bejaht haben. Sie tadeln die Regierung wegen der Solidarität der conservativen Interessen: wenn die Regierung aber gegen den Socialismus oder gegen die rohe Demokratie wirkt, so sind Sie mit der Solidarität ganz einverstanden. Ich habe in Ihrer Partei seit 1848 nichts erkannt als die Solidarität der parlamentarischen Interessen; jede Regierung in Deutschland war Ihnen gleichgültig, wenn sie nur die parlamentarischen Interessen in Schutz nahm. Nach Ihrer Vergangenheit können Sie uns nicht dafür stehen, daß Ihre Solidarität der parlamentarischen Interessen nicht ebenfalls zu Alliancen führt, die mit dem Heile des Vaterlandes nichts gemein haben. Solange wir das rechte Maß noch nicht finden können, haben wir der Regierung die parlamentarischen Interessen nicht allzu sehr zu empfehlen. Der Bundestag war nicht so schwach, wie man ihn gern geschildert. Er war noch im Jahre 1848 im Stande, den Seekreis zu beruhigen und die Hecker'schen Scharen zu vertreiben. Wie nach Gottes Rathschluß die Sünde unauslöschlich an den Menschen haftet, so wird auch durch alle Geschlechter die Obrigkeit geschmäht; jedes Volk schreibt seine Unglücksfälle seiner Regierungsform zu. Ob unsere Kinder ein anderes Deutschland erleben werden, das kann ich nicht wissen; für jetzt bin ich überzeugt, daß keine andere Form möglich ist. Es wird den österreichischen Staatsmännern nicht einfallen, uns unser gutes Recht zu kränken; wenn aber it-

ni auf  
He weit  
Dah  
Urtheil  
n, was  
esungen  
en soll.  
  
den zur  
gestellte  
einge  
Heinrich  
bei Dö-  
Behrers  
erkannt  
atut be-  
sen, so  
würdig  
erkannt  
beheilt.  
putation  
e Bibel  
leben zu  
Dresden  
  
ster von  
iner und  
widende,  
und 24,  
r berner  
nmtzahl  
Schwei-  
reiburg,  
uhe, Pa-  
Schwei-  
gie 300,  
  
linik bei  
pecießen  
Breslau  
r hieße-  
Rünster,  
Facultät  
  
er Niko-  
denblatt  
ch-Eng-  
ine Pro-  
  
Nr. 2).  
buchband-  
  
lonne  
ege.  
  
I.  
  
tiller und  
leich aus-  
em neue-  
nicht be-  
kann ihm  
An die  
elst, ent-  
entworfe-  
Gemälde  
g, jener  
wart nur  
welches  
Verfassers  
aße recht-  
  
aus.